



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Keine überschießenden, nationalen Souveränitätsregeln, die zusätzliche Markthürden für non-EU Cloud-Provider einführen

Aktuell seit 22.07.2026 17:39:22

Angegeben von:

Johanssen+Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH (R002324) am 17.12.2024

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll nationale Regelungen betreffend digitale Souveränität basierend auf EUCS und den Implementing Act so gestalten, dass sie nicht im Widerspruch zur europäisch formulierten und harmonisierten Cloud Security-Vorgaben stehen und insbesondere nicht immunity requirements auf nationaler Ebene einführen, die zu einem rechtlich/faktischen Ausschluss nicht-europäischer Cloudanbieter führen könnten.

Betroffene Interessenbereiche (3)

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Wir unterstützen unseren Mandanten dabei, sich strategisch und kommunikativ gegenüber relevanten Stakeholdern innerhalb der Bundesregierung und gegenüber Bundestagsabgeordneten, insbesondere im Kontext der Deutschen Verwaltungscld (DVC), der Multi-Cloud-Strategie sowie der Deutschen Verwaltungscld-Strategie zu positionieren. Dies umfasst z.T. auch die spezifischen Anforderungen und Schutzziele (z.B. im Bereich digitale Souveränität, Informationssicherheit, Geheim- und Datenschutz sowie an IT-Betrieb

und -Infrastruktur). Dazu zählt auch die Unterstützung bei der Anbahnung sowie inhaltlichen Vorbereitung von Gesprächen im politischen Raum.

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Google Germany GmbH**

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Heiko Kretschmer**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Timo Mohr**
3. **Sebastian Kostadinov**
Tätigkeit bis 08/24:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages